



Pressemitteilung

2025-10-02

Landrätin Indra Baier-Müller appelliert an Regionalen Planungsverband Allgäu: Steuerungshoheit beim Windkraftausbau nicht verspielen

Landrätin spricht sich für eine höhere Flächenquote bei der Ausweisung von Vorrangflächen aus

Nach der jüngsten Sitzung des Planungsausschusses des Regionalen Planungsverbandes Allgäu ist erneut deutlich geworden, wie kontrovers die Fortschreibung des Teilfachkapitels "Energieversorgung" (Nutzung der Windenergie) diskutiert wird. Das Windenergieflächenbedarfsgesetz schreibt allen Planungsregionen in Bayern für die Ausweisung von Vorrangflächen verbindliche Mindestquoten vor – für Bayern sind es 1,1 Prozent bis 2028 und derzeit noch 1,8 Prozent bis 2032. Der angestrebte Prozentsatz des Regionalen Planungsverbands Allgäu liegt aktuell bei ca. 1,1 Prozent. Nach Ansicht der Oberallgäuer Landrätin Indra Baier-Müller ist diese Quote allerdings zu gering.

"Wenn nun noch Flächen wegfallen sollten, laufen wir Gefahr, die Zielvorgaben nicht mehr zu erfüllen", betont die Oberallgäuer Landrätin. "Die Folge wäre, dass wir keine Steuerungsmöglichkeiten mehr hätten und Windkraftanlagen zukünftig privilegiert gebaut werden könnten. Für das Oberallgäu und den südlichen Landkreis würde das bedeuten, dass Windräder dann auch an Stellen gebaut werden könnten, wo sie bisher ausgeschlossen sind."

Vor diesem Hintergrund spricht sich die Landrätin klar dafür aus, im Allgäu eine höhere Quote bei der Flächenausweisung für Vorrangflächen anzustreben. "Nur mit einer höheren Flächenquote und damit einem entsprechenden Puffer kann sichergestellt werden, dass die Region ihre Steuerungshoheit darüber behält, wo Windräder gebaut werden dürfen. Sollte der Gesetzgeber unsere Region als eine Region akzeptieren, die aufgrund der bisherig hohen Anteile an alternativer Energiegewinnung aus Wasserkraft, Sonnenenergie oder Biogasgewinnung bis 2032 nur 1,4 Prozent der Flächen ausweisen muss, so wäre es trotzdem wichtig, diese Flächen bereits heute vorausschauend in diesem Umfang einzuplanen. Das heißt, wir müssen heute bereits, um keinen Wildwuchs zu riskieren, mindestens 1,4 Prozent der Flächen ausweisen – nicht, um die Region übermäßig zu belasten, sondern um die Energiewende im Allgäu planbar und für unsere Region verträglich zu gestalten."